

Anja Seiffert

## Soldaten der Zukunft

*Die Auslandseinsätze der Bundeswehr erhalten weniger Anerkennung als angemessen. Doch mit mehr Anerkennung allein ist es nicht getan. Die gestiegene Komplexität ihrer Aufgaben verlangt nicht nur Professionalisierung, sondern vor allem auch das kritische Hinterfragen der Einsatzziele. Deswegen gilt es, das Militär stets dem Primat der Politik zu unterwerfen. Anja Seiffert erwidert auf Jochen Thies, Sonderkorrespondent beim Deutschlandradio Kultur, der in der April-Ausgabe die Debatte eröffnete.*

Was früher undenkbar war, ist heute Alltag für die Bundeswehr: Soldaten mitten im Einsatz in internationalen Krisengebieten, ob auf dem Balkan, in Afghanistan oder Nahost. Die multinationalen Einsätze zur kollektiven Friedenssicherung im Auftrag der Vereinten Nationen sind für die Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr riskant und gefährlich. Mindestens 69 von ihnen fanden dabei den Tod. Da erstaunt die seltsame Gleichgültigkeit mit der die bundesdeutsche Öffentlichkeit die Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Kenntnis nimmt. Regelmäßig bei Mandatsverlängerungen tauchen die Auslandseinsätze teilweise heftig umstritten als Thema in den Medien auf, vor allem wenn es um den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan geht. Genauso schnell verschwindet es aber wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung. Auch die sinkende Akzeptanz der Einsätze in der Bevölkerung ist kein guter Gradmesser: Sagt sie doch mehr über die Glaubwürdigkeit der Politik und weniger über das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft aus. Die Lebens- und Alltagwirklichkeiten von Soldaten geraten – einmal abgesehen von den medienwirksam inszenierten Darstellungen der Truppe im Einsatz und einigen spektakulären Vorfällen – nur selten in den Blick der Öffentlichkeit. Wie Soldaten und Soldatinnen ihren militärischen Alltag im Einsatz bewältigen, wie sie mit den dort gemachten Erfahrungen umgehen und welche Auswirkungen diese auf ihr Selbst- und Weltbild haben, bleibt



**Anja Seiffert**

(\* 1965) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des sicherheits- und abrüstungspolitischen Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Winfried Nachtwei. Im Verlag Dr. Köster erschien von ihr 2005 *Soldat der Zukunft – Wirkungen und Folgen von Auslandseinsätzen auf das soldatische Selbstverständnis*.  
winfried.nachtwei.mab1@bundestag.de

von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt.

Zu Recht kritisiert Jochen Thies in seinem Beitrag über das gewandelte Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Soldaten und Soldatinnen dieses gesellschaftliche Desinteresse. Mit sicherem Gespür sieht er die Kluft, die sich zwischen den Erfahrungswelten von Soldaten und Soldatinnen im Einsatz und denjenigen einer Gesellschaft in Friedenszeiten auftun kann. Vieles beim Versuch, das Verhältnis von Militär und Gesellschaft unter den neuen Einsatzbedingungen zu beschreiben, bleibt aber in einer polarisierenden Sicht. Gewiss, Gewalterfahrungen von Soldaten in Einsätzen oder gar getötete Soldaten rühren an ein durchaus identitätsstiftendes Tabu der Bundesrepublik. Indes rückwärtsgewandte Vorstellungen und Traditionen sind für ein heute angemessenes Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft nicht hilfreich. Vieles in dem Beitrag aber klingt, möglicherweise unbeabsichtigt, nach der Wiederkehr vergangener Mythisierungen. Zu pauschal ist die Rede von vergangenen und heutigen Kriegen. Umschreibungen wie die von der

archaischen Rückkehr des Krieges oder die von militarisierten Lebensentwürfen sowie die Kritik an dem fehlenden Gefühl für die Bedeutung von Symbolen vieler Deutscher und auch die überzogene Rede von Hunderttausenden in Deutschland, die heute von Risiken für Leib und Leben betroffen sind, verstärken diesen Eindruck noch.

Nun mag man gegen diesen Einwand vorbringen, Sprache sei beweglich und Definitionen nicht in Stein gemeißelt. Das aber trifft den Kern nicht. Es sind nicht so sehr die Oberflächen der Begrifflichkeiten, für die das problematisch sein kann, vielmehr die Gedankenfolgen unterhalb dieser Oberflächen, also beispielsweise die trügerische Vorstellung, Militär und Gesellschaft seien prinzipiell zwei sich konträr gegenüberstehende Normen- und Wertesysteme ohne Berührungs- und Anknüpfungspunkte.

Genau dies zu ändern, war der Anspruch mit dem in der Gründungsphase der Bundeswehr die Militärreformer um Wolf Graf von Baudissin angetreten waren. »Grundlegend Neues« sollte geschaffen werden, so die Forderung der Reformer von damals. Als eine »Armee in der und für die Demokratie« haben sich die Militärreformer die Bundeswehr gedacht. Dafür steht das Konzept der Inneren Führung. Ohne dieses Konzept hätte es die Zustimmung der Gewerkschaften, Kirchen und der SPD zur Aufstellung deutscher Streitkräfte nicht gegeben.

In dem Beitrag von Jochen Thies sucht man einen Hinweis auf die Innere Führung jedoch vergebens.

### **Innere Führung ist kein Selbstläufer**

Die Militärreformer hatten es sich zum Ziel gesetzt, den traditionellen Gegensatz zwischen Militär und sozio-politischem Umfeld auszugleichen. Ausgehend vom Staatsbürger in Uniform, ausgestattet mit den individuellen Grundrechten, sollte nicht nur das Zusammenleben und die innere Ord-

nung im Militär reformiert, sondern Streitkräfte sollten in die rechtsstaatliche Ordnung eingebunden, dem Primat der Politik und der parlamentarischen Kontrolle untergeordnet und an die Entwicklungen einer offenen und pluralistischen Gesellschaft rückgebunden werden. Die Innere Führung ist nicht irgendein Reformkonzept; sie steht umfassend für die Idee und den Anspruch auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene, der organisatorischen sowie der individuellen Ebene friedens- und demokratieverträgliche Streitkräfte zu gestalten.

Gewiss unterscheidet sich der Auftrag der Bundeswehr von damals grundlegend von den heutigen internationalen Missionen zur Gewalt- und Kriegseindämmung. Auch gibt es in der Bundeswehr eine lange Tradition, Probleme mit der Inneren Führung klein zu reden. Angesichts der Herausforderungen durch die Auslandseinsätze wird dieses Problem nicht geringer – im Gegenteil. Die Innere Führung ist kein Selbstläufer. Soll einem wechselseitigen Entfremdungsprozess von Bundeswehr und Gesellschaft entgegengewirkt werden, müssen neben angemessenen organisatorischen Voraussetzungen verlässliche Regelungen in den Streitkräften vorhanden sein, die bewirken, dass die Grundsätze und Standards der Inneren Führung bei der Bewältigung der neuen Aufgaben nicht vernachlässigt und diese im Truppenalltag auch konsequent umgesetzt werden.

Mit einer Verharmlosung beispielsweise von Vorfällen wie die in der Coesfelder Kaserne oder den so genannten »Schädelfotos« aus Afghanistan tut man der Bundeswehr und ihren Soldaten und Soldatinnen keinen Gefallen. Für eine einsatzorientierte Ausbildung wie für das Handeln im Einsatz gibt es durch die Innere Führung eng umrissene Grenzen. Staatsbürger in Uniform sind zur unbedingten Anerkennung der Menschenwürde verpflichtet. Die sie explizierenden menschenrechtlichen Verpflichtungen dürfen

sich demnach in der gesellschaftlichen und militärischen Sphäre gerade nicht substantiell unterscheiden. Technokratischer Pragmatismus ist da Fehl am Platz. Das Primat der Politik enthebt Soldaten und Soldatinnen nicht der Verantwortung. Die Grundsätze der Inneren Führung fordern von ihnen politisch und moralisch zu verantwortendes Handeln. Das sind genau jene Anforderungen, die für die Stabilisierungsaufgaben unabdingbar sind.

### **Zusätzliche Handlungs- und Kooperationsfähigkeiten entwickeln**

Defizite gibt es. Das spricht aber nicht dagegen, die Innere Führung als »eigentliche Verfassung« der Bundeswehr ernst zu nehmen und Politik und Bundeswehr mit ihrem selbst formuliertem Integrationsanspruch auch in die Pflicht zu nehmen. Mehr noch, die Grundsatzentscheidung, die Bundeswehr als »Armee in der und für

die Demokratie« zu gestalten, bleibt hoch aktuell. Die Anforderungen an die Soldaten und Soldatinnen sind mit den internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung komplexer geworden. Sie leisten ihren Dienst immer häufiger in multinationalen Einheiten und Verbänden und müssen sich in fremden Ländern und Kulturen zurechtfinden. In den Einsätzen handeln sie in unübersichtlichen sozialen und politischen Konfliktlagen und müssen auf diese flexibel reagieren. Heute kommt es nicht nur auf ihr militärfachliches Wissen, sondern ebenso auf ihre interkulturelle Kompetenz und ihr politisches Urteilsvermögen an. Dafür müssen sie zusätzliche Handlungs- und Kooperationsfähigkeiten entwickeln.

In Hammelburg am UN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr werden die Soldaten und Soldatinnen auf ihre internationalen Stabilisierungsaufgaben vorbereitet. Sie sollen Gewalt stoppen und eindämmen können, ohne kämpfen zu müssen. Sie ler-

nen wegen der Minengefahr niemals befestigte Wege zu verlassen, pöbelnde Menschenmassen auseinander zu halten, im Häuserkampf zu bestehen, Verwundeten mit zeretzten Gliedmaßen Hilfe zu leisten oder auch Gefangennahme und Geiselhaft zu überstehen. Sie sollen mit dem Mandat der Vereinten Nationen Feindseligkeiten der Bevölkerungsgruppen in Bosnien verhindern, den zivilen Aufbau im Kosovo militärisch absichern oder die afghanische Regierung und deren Sicherheitskräfte bei der Stabilisierung des Landes unterstützen. Ohne die »Herzen und Köpfe der Bevölkerung« zu gewinnen, ist das kaum möglich. Zur Aufgabe gehört freundliches Winken ebenso wie Gespräche mit der Bevölkerung.

Die Anforderungen sind anspruchsvoll und manchmal auch gefährlich, wie in Afghanistan. Selbst in brenzligen Situationen die Nerven zu behalten und nicht gleich mit Waffengewalt zu reagieren, weil man nicht weiß, woher und von wem die Gefahr konkret ausgeht, ist keine leichte Angelegenheit.

Professionalisierung ist daher nur die eine Seite der Medaille. Traditionelle militärische Fähigkeiten müssen kombiniert werden mit vielfältigen Fähigkeiten der Stabilisierung. Das setzt eine zivilgesellschaftliche Bodenhaftung militärischer Fähigkeiten voraus. Durchhaltefähigkeit wird auch heute in den Stabilisierungseinsätzen von Soldaten und Soldatinnen erwartet. Das meint aber mehr und anderes als früher. In Ländern mit instabiler Sicherheitslage und fehlenden staatlichen Institutionen geht es um die Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel und die Angemessenheit des Handelns. Das setzt die Fähigkeit voraus, die Folgen militärischen Handelns auch in ethischen Grenzsituationen abschätzen und angemessen beurteilen zu können.

Das ist keine einfache Situation für das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft: Auf der einen Seite entfernen sich

zivile und militärische Erfahrungswelten voneinander, was nur allzu leicht zu wachsenden Distanzierungsprozessen und zu einer Abkoppelung von gesellschaftlichen Entwicklungen führen kann.

Gleichzeitig müssen für die Bewältigung der neuen Aufgaben neben militärischen zusätzliche Fähigkeiten entwickelt werden, die zuvor kaum einen Ort im militärischen Dienst hatten. Nicht zuletzt rücken Bundeswehr und ihre Soldaten und Soldatinnen zumindest näher an die Bevölkerung in den Einsatzländern heran.

In diesem schwierigen Gravitationsfeld mit den politischen, gesellschaftlichen und individuellen Spannungen adäquat umgehen zu können, ist keine Sache allein von Soldaten und Soldatinnen. Vielmehr ist dies zunächst mit Blick auf die Politik und dann auch auf die Gesellschaft die Aufforderung, das »Wofür« der Einsätze eindeutig zu klären. Soldaten und Soldatinnen riskieren in den Einsätzen ihre Gesundheit und auch ihr Leben. Das kann nicht leichtfertig gefordert werden, sondern muss sorgsam abgewogen und begründet werden. Die formale und rechtliche Legalität sind daher notwendige und wichtige, aber keineswegs hinreichende Voraussetzungen.

Zu der Grundüberzeugung der Inneren Führung gehört, dass Soldaten und Soldatinnen von dem Sinn ihres Handelns und von der politischen Notwendigkeit jedes Einsatzes überzeugt sein müssen. Dies ist mit hohen Anforderungen an die Glaubwürdigkeit und Begründungsfähigkeit von Politik sowie an gesellschaftlicher Akzeptanz verbunden. Jenseits parteipolitischer Überzeugungsarbeit, geht es um angemessene und haltbare Antworten auf die Frage, welchen Beitrag Streitkräfte im Rahmen einer umfassenden Friedens- und Sicherheitspolitik leisten können und dürfen – und welchen eben nicht. Dies muss im Rahmen politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen erfolgen.